



Die Bündler Straße gegen 13.30 Uhr: Geschätzt 70 Sulo-Beschäftigte sind dem Warnstreik-Aufruf der IG Metall gefolgt. Foto: Lüdeking

Donnerstag, 2. Juli 2026

Warnstreik bei Sulo Umwelttechnik

In der aktuellen Tarifrunde schaltet die Gewerkschaft IG Metall jetzt einen Gang rauf. Dabei geht es auch um die Frage des Inflationsausgleichs.

Herford. Seit Wochen verhandeln die Geschäftsleitung von Sulo Umwelttechnik an der Bündler Straße und die heimische IG Metall über einen neuen Tarifvertrag für 191 Beschäftigte des Herforder Unternehmens – bisher ohne Erfolg, weshalb die Gewerkschaft die Mitarbeiter aus dem Bereich der Produktion am Mittwochmittag zwischen 13.30 Uhr und 14.30 Uhr zu einem einstündigen Warnstreik aufrief.

„Die Inflation steigt und steigt“, erklärt Jörg Nolting, einer der geschätzt 70 Beschäftigten, die sich an der kurzfristigen Arbeitsniederlegung am Werktor beteiligen. Das Angebot des Unternehmens liege unterhalb der Inflation. Das sei nicht ausreichend.

„Obwohl die betriebliche Tarifkommission der Arbeitgeberseite entgegenkommende Angebote in den Verhandlungen unterbreitet hat, ist die Arbeitgeberseite nicht einmal bereit, einen Inflationsausgleich zu zahlen. Wir sind nicht gewillt, uns damit abspeisen zu lassen“, so Markus Krecht, erster Bevollmächtigter der IG Metall in Herford.

Bei ersten Gesprächen im März habe die Arbeitgeberseite über die geplante Entwicklung und Investitionen gesprochen und in den Runden danach habe es keine Angebote gegeben, die Beschäftigten seien nicht erwähnt worden.

Dann sei gesagt worden, dass es überhaupt keinen Spielraum gebe. Nach den Daten der Gewerkschaft liegt Sulo Umwelttechnik, bekannt unter anderem als Hersteller von Mülltonnen und -containern, rund 12 Prozent unter den gezahlten Gehältern tariflich gebundener Unternehmen. Die IG Metall fordert derzeit eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um einen Sockelbetrag von 86 Euro monatlich auf Basis der Facharbeiter-Lohngruppe 7.

Das Sulo-Angebot soll, wie es hieß, bei 62 Euro liegen. Sollte es keine Einigung geben, sei man auch bereit, die Arbeitskampfmaßnahmen auszuweiten, so Markus Krecht.